

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (März).
Fernsprecher Nr. 17. Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezogher keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugspreises.
Mittwoch: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die sechsgepalte Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigeipaltene Kettelzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (März).
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.
Sonntags: Die illustrierte Sonntagsbeilage.

Nr. 59 Sonnabend, den 17. Mai 1930

Das Sommerprogramm des Reichstags.

Verbreitung von Reichstagsreden durch Rundfunk und Schallplatten?

Der Vorkonferenzrat des Reichstages hat beschlossen, nach dem Zustandekommen der Verhandlungen am Donnerstag, den 22. Mai, die Verhandlungen des Reichstages, des Arbeitsministeriums und des Wirtschaftsministeriums in der angegebenen Reihenfolge vom 22. bis zum 28. Mai zu beginnen. Der Hauptausgangspunkt soll nach wie vor die Zusammenkunft am 22. Mai sein. Die Verhandlungen werden bis Ende Juni zum Abschluß gebracht werden.

Die Sommerpause sollen das Hilfsprogramm und die Sanierung der Arbeitslosenversicherung beendet werden.

Der Vorkonferenzrat beschloß sich sodann mit einem neuen Entwurf der Berliner Grundzüge, Reichstagsreden enthalten die Weitergabe freizugeben, oder sie auf Schallplatten aufnehmen zu lassen. Präsident Lohbe setzte sich für den Entwurf ein. Da aber einige Mitglieder des Vorkonferenzrates ihre Bedenken äußerten, wurde die Angelegenheit den Fraktionen zur Entscheidung überwiesen. Die Fraktionen sind sich einig, daß man nicht alle Reichstagsreden übertragen kann. Gegenüber dem Wunsch des Präsidenten Lohbe wurde betont, daß bei der Auswahl eine Garantie für eine objektive Verteilung gegeben werden muß.

Wie das Reich zu sparen gedenkt.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ weiß über das Ausgabenkontingentsgesetz folgendes zu berichten:

Die Vorbereitungen für das Ausgabenkontingentsgesetz sind im Reichsfinanzministerium abgeschlossen. Der Reichsfinanzminister plant, das Gesetz in allerhöchster Zeit der Reichsregierung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Das Gesetz wird Neuregelungen und Vereinfachungsmaßnahmen auf den verschiedensten Gebieten bringen. Vor allem kommt in Frage eine

Verringerung der Zahl der Reichsbehörden

Die allmähliche Auflösung oder Zusammenlegung bestehender Behörden. Der Reichsfinanzminister vertritt den Standpunkt, daß das Ministerium für die besetzten Gebiete nach der Abreise der Wehrmacht aufgelöst werden muß. Nach der Meinung bestehen aber auch zwei Oberpostdirektionen, Postdirektionen, Landesfinanzämter, Finanzämter und Amtsgerichte. In Frage kommt ferner eine Verringerung des Personalaufwands durch Vorrückungen, die eine allmähliche Verringerung der Kopfzahl der Beamten und Angestellten erreichen. Von Seiten der Länder ist die Bitte ausgesprochen, daß die Dienstatersätze von 65 auf 68 Jahre heraufgesetzt werden. Der Vorschlag der Sonderzuschläge soll in einer Reihe von Jahren erfolgen. Zum Besoldungssperregesetz ist die Voranschläge im einzelnen noch nicht ausgearbeitet. Es finden noch Verhandlungen zwischen den Ressorts statt. Der Vorschlag ist der vorgezeichneten

Kürzung der Pensionen

Im Ausmaß genommen, daß bei Doppelverdienern das Einkommen, welches 6000 RM. übersteigt, zur Hälfte angesetzt werden soll.

Stillelegung des Oberharzer Erzbergbaus.

Der preussische Handelsminister über die Katastrophe in Wienenburg.

Im Hauptausgang des Preussischen Landtages standen am Donnerstag zur Erledigung Urträge, einzelner Paragrafen über die Stillelegung des Betriebes des Erzbergwerks Clausthal. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Minister Schreiber Aufklärungen über den Laugen- und Weßerbruch auf dem Kalbberg bei Wienenburg. Von dem Gelingen der Betriebsmaßnahmen hängt es ab, welche Teile der Grubenbaue noch vor dem Zusammenbruch werden können. Der Minister lobte das Verhalten der Beamten und der Arbeiterschaft, die in der letzten Zeit alles getan haben, um zu retten, was noch zu retten ist. Die starken Wassermaßen vom 8. Mai konnten indessen nicht durch die besonders eingebaute Pumpanlage nicht mehr abgeleitet werden. Am Schacht III sind Versuche zur Abdämmung und Pfropfung vorgenommen worden. Auf dem Kalbberg bei Wienenburg waren nur 450 Arbeiter beschäftigt, von denen keiner zu Schaden gekommen ist. Die Belegschaft ist inzwischen noch mit Reparatur und Verladung der Erz sowie mit Bodenarbeiten und Absperrungen beschäftigt. 100 Mann sind nach dem Kalbbergwerk Weiserode der Grube verlegt worden. Eine kleinere Zahl hat den tarifrechtlichen Urlaub angetreten. Es handelt sich um eins der besten Werke des deutschen Erzbergbaus mit sehr hochwertigen Erzen. Besonders stark wird von dem Verluste des Erzbergbaus betroffen, die den

Gesamtwert des Wertes von Wienenburg auf 25 bis 30 Millionen RM. beziffert.

Es wird daher der Versuch nicht aufgegeben, wenigstens einen Teil des Werks später wieder nutzbar zu machen.

Der Ausschuß trat dann in die Beratung der Urträge für die Stillelegung des Betriebes des Erzbergwerks Clausthal ein. Der Beratung liegen zugrunde Anträge des Zentrum, der Kommunisten, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Fraktion. In dem Antrag der Zentrumspartei wird darauf hingewiesen, daß die Stillelegung des Oberharzer Erzbergbaus eine dauernde Erwerbslosigkeit für etwa 4 bis 5000 Bergarbeiter im Gefolge hat. Clausthal-Zellerfeld werde in der Zukunft bedroht, wenn nicht sofort geeignete Maßnahmen getroffen werden.

Abg. Leinert (Soz.) machte als Berichterstatter darauf aufmerksam, daß die

Stillelegung des Bergbaus unabwendbar sei.

Die Bergverwaltung müsse hier für Aufklärung sorgen, da die Bevölkerung nicht daran glaube, wie sie auch die Stillelegung von Andreasberg noch bis in die neueste Zeit hinein nicht als unbedingt notwendig angesehen habe. — Die Arbeiten für die Dertal-Sperre müßten unverzüglich in Angriff genommen werden.

Oberberghauptmann Fleming legte die Gründe der Stillelegung dar. Die Gänge, in den oberen Teufen mit Erzführung in großer Mächtigkeit und Reinheit, verlaufen mit zunehmender Teufe zu dünnen Schichten, bis bei 900 bis 940 Meter Teufe kein wirtschaftlich zu gewinnendes Erz mehr vorhanden ist. Neben dieser Erschöpfung des Erzvorrats kommen die rückgängigen Metallpreise erst in zweiter Linie in Frage. Die Bemühungen der Preussischen Regierung zur Befähigung der freiberwerbenden Arbeiter schon jetzt erkennen, daß von 7 07 324 der Belegschaft nur 324 übrigbleiben zu anderweitiger Unterbringung. Auch diesen wird die Staatsregierung vier besondere Fürsorge zuwenden. Das Innenministerium prüft eingehend die Steuerverhältnisse der Stadt Clausthal-Zellerfeld und den künftigen Steueranfall.

Oberbergwerksrat Tapolski vom preussischen Innenministerium begrüßte die Ziffer 1 des Antrages Barfeld-Hannover (Dem.), wonach Maßnahmen zur

Sicherung der Finanzlage und des Haushaltes der Stadt Clausthal-Zellerfeld

getroffen werden sollen. Der Minister des Innern sei mit der Tendenz dieses Antrages durchaus einverstanden. Der Regierungspräsident in Hildesheim sei angewiesen worden, sofort genaue Feststellungen über die Finanzlage der Stadt zu machen.

Die Sorgen der Landreise.

München. Auf der Tagung der deutschen und preussischen Landreise führte der Präsident Dr. v. Gempel aus, daß die Kreisverwaltungsverbände von ihren Rechten der Selbstverwaltung namentlich in der Finanzwirtschaft vorläufigen Gebrauch gemacht hätten und infolgedessen noch eine verhältnismäßig geordnete Finanzwirtschaft aufzuweisen. Die Prozentzahlen sämtlicher Ausgaben wiesen aber enorme Steigerungen auf. Während man zum Beispiel 1913 für den Begebau 47 Prozent, also fast die Hälfte der Gesamtausgaben, habe anwenden können und für die Postfahrtspreise nur 22 Prozent verbrauchte, hätten sich die Dinge vollkommen umgekehrt, und bereits 1925 hätte die Postfahrtspreise 53 Prozent in Anspruch genommen, so daß für die Landreisen nur noch 24 Prozent übriggeblieben seien. Diese Entwicklung habe sich noch fortgesetzt.

Professor Dr. Laforet betonte, daß ein Mitwirkungsrecht der Staatsaufsicht rechtspolitisch nur in ganz besonderen Fällen geschaffen werden dürfe, da die Staatseingriffe sonst zu einer zweiten Verwaltung über der Kommunalverwaltung führen müßte, die den Selbstverwaltungsformen die Verantwortung aus der Hand nehme. Eine zentrale föderale Zusammenfassung der großen Inlandsdarlehen im Reichsfinanzministerium sei unmöglich und unerträglich. Die Gemeinden und Gemeindeverbände seien Einrichtungen der Länder und müßten sie auch bleiben. Man könne von einer

Krise der Selbstverwaltung im politischen Sinne

sprechen, von einer Krise der Selbstverwaltung im Rechtsinne könne keine Rede sein. — Landrat Dr. Schöne betonte, die Abgrenzung der Aufgaben zwischen Landkreis und Stadtkreis werde erneut die Frage der Unentbehrlichkeit von Eingemeindungen auf. Die Selbstverwaltung sei nicht Selbstzweck, und der Staat als Aufsichtsbefugte habe das Recht, außerordentlich mit allen Mitteln einzugreifen. Dennoch müsse die gesetzliche Gewähr geschaffen sein, daß die Handhabung der Staatsaufsicht nicht zur Verfümmung der grundgesetzlich freiheitlich gedachten Selbstverwaltung führe.

Aktiver Außenhandel im April.

Aber Abnahme der Ausfuhr gegen den Vormonat.

Der deutsche Außenhandel schloß im April mit einem Ausfuhrüberschuß von 88,5 Millionen Mark gegenüber einem Ausfuhrüberschuß von 220,3 Millionen Mark im Vormonat. Der Anteil der Reparationsauslieferungen an der Ausfuhr beträgt 50,8 Millionen RM. gegen 61,2 Millionen RM. im

Vormonat, so daß also, da für die Reparationslieferungen kein Gegenwert in Geld herinkommt, ein tatsächlicher Ausfuhrüberschuß von 37,7 Millionen RM. gegen 159,1 Millionen RM. im Vormonat vorliegt. Die Verminderung ist größtenteils auf den Rückgang der Ausfuhr zurückzuführen, die mit 976,7 Millionen RM. um 127,3 Millionen Reichsmark hinter den März-Ziffern zurückbleibt. Die Einfuhr ist mit 888,2 Millionen RM. gegenüber der Ziffer des Vormonats von 883,6 Mill. RM. wenig verändert.

Die Eriener Zeppelinhalle für 2500 Mark versteigert.

Erier. Am Donnerstag vormittag wurde die große Eriener Zeppelin-Luftschiff-Halle und der große Flugzeug-Schuppen, beide aus deutscher Zeit, durch die französische Besatzungsbehörde versteigert. Die gewaltige Zeppelin-Halle ging zum Spottpreis von 15 000 Franken (2500 Mark), die Flugzeug-Halle für 7800 Franken (etwa 1300 Mark) an die Schrottfirma Mag in Mühlhausen i. Elsaß über. Die anwesenden deutschen und luxemburgischen Firmen gaben kein Gebot ab. Der von den Franzosen vorgeschriebene Abschlußtermin des 15. 6. muß von dem Ersteigerer innegehalten werden. Da aber der Ersteigerer erklärte, daß dies leicht nicht möglich sein werde, erklärten sich die Franzosen damit einverstanden, daß bis zum 15. 6. abgetrieben werde. Was bis dahin nicht abgetrieben ist, könne stehen bleiben. Der Ersteigerer hat ferner die Erlaubnis erhalten, den Schutz und die Mauerwerke liegen zu lassen; er muß sie nur auf dem Platz ausbreiten. Infolgedessen müssen später die deutschen Behörden den Platz auf ihre Kosten abräumen lassen, damit das Gelände wieder landwirtschaftlich genutzt werden kann. — Wie verlautet, soll die deutsche Regierung wegen der Versteigerung der Halle diplomatische Verhandlungen mit Frankreich eröffnen haben; diese seien aber noch nicht abgeschlossen. Jedenfalls konnten sie die Versteigerung nicht verhindern.

Die oberschlesischen Beschwerden vom Völkerbundrat vertagt.

Genf. Die beiden oberschlesischen Minderheitenbeschwerden, die auf der Tagesordnung des Völkerbundesrats standen, sind endgültig auf die nächste Tagesordnung des Völkerbundesrats im September verschoben worden. Die Verhandlungen zwischen der deutschen und polnischen Delegation haben keine Entscheidung gebracht.

Zu der Beschwerde der deutschen Kassenzüge folgte der japanische Berichterstatter vor, zur Klärung der Rechtsfrage ein Gutachten eines Juristenausschusses einzuholen. Es handelt sich dabei vor allem um den von der polnischen Regierung bestrittenen öffentlich-rechtlichen Charakter der Gewerkschaftsverbände. Der Präsident der Gemischten Kommission in Oberschlesien, Calonder, hatte in seiner instanzlichen Entscheidung ausdrücklich den öffentlich-rechtlichen Charakter dieser Verbände anerkannt. — Die zweite oberschlesische Beschwerde wurde ebenfalls auf den 10. September vertagt. Die polnische Regierung hatte verlangt, daß ihr noch die Möglichkeit gegeben werde, weiteres Material in dieser Angelegenheit vorzulegen. Hierzu

gab Dr. Curtius eine Erklärung ab, in der er die polnische Regierung aufforderte, unverzüglich das gesamte Material dem Völkerbundrat vorzulegen. Die Beschwerde spiele bereits seit 2½ Jahren vor dem Völkerbundrat. Dr. Curtius betonte, daß er sich mit der Verhinderung der Beschwerde auf den 10. September nur unter der Bedingung einverstanden erklären könne, daß die Untersuchungen der polnischen Regierung jetzt so schnell und so vollständig als möglich zum Abschluß gebracht würden. Der polnische Außenminister Galecki sagte eine schließliche Untersuchung und vollständige Vorlegung des Materials zu.

Schluß der Völkerbundratstagung.

Nächste Sitzung am 5. September.

Genf. Die Tagung des Völkerbundesrats wurde am Donnerstag mit einer geheimen Sitzung geschlossen, in der die Palästinafrage behandelt wurde. Die nächste Tagung des Völkerbundesrats findet am 5. September statt. Die Vollversammlung ist auf den 10. September einberufen worden.

Räumungsbefehl aus Paris?

Paris. Nach einer Meldung des Pariser Blattes „Journal“ nimmt man an, daß, nachdem von den deutschen Vertretern die letzten zur Inangriffnahme des Young-Planes erforderlichen Unterschriften gegeben sind, die französische Regierung sofort den Räumungsbefehl für die Truppen im Rheinland geben werde.

Seit zwei Tagen gehen von Ludwigshafen große Materialtransporte der französischen Besatzung nach dem Innern Frankreichs ab. Auch sieht man vor den Häusern und Wohnungen der Besatzungsangehörigen zahlreiche Wägelwagen stehen. Wie verlautet, hat die Besatzung in Ludwigshafen den Schieß- und Exerzierplatz, ebenso die Munitionsdokumente an die Reichsvermögensverwaltung zurückgegeben und die Wagen eingezogen.